

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Sebastian Seidel
Ausschussmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Antje Johanna Kloster

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Landvolkverein

beratendes Mitglied Hartmut Brören

entschuldigt

Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

Von der Verwaltung

Oliver Leinert	Stadtbaurat und Dezernent III
Niksa Marušić	Fachbereichsleitung Umweltschutz und Bauordnung (63)
Minou Kiani	Fachbereich Feuerwehr (37)
Thorsten Springwald	Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)
Ralf Kohlwes	Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)
André Lachmund	Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)
Ralf Pröpper	Firma RP Schalltechnik
Klaus Börgmann	ehemaliger Naturschutzbeauftragter

Protokollführer

Timm Harms	Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)
------------	--

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 15.08.2018 (öffentlicher Teil)
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die **220/2018** Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven
- 4.2 Realisierung einer hauptamtlichen Geschäftsführung in der **243/2018** Naturschutzstiftung Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven mithilfe einer finanziellen Unterstützung durch die beteiligten Gebietskörperschaften
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Verabschiedung des Naturschutzbeauftragten
- 5.2 Solardachkataster
- 5.3 Sachstand Lärmaktionsplanung
- 6 Öffentliche Anhörung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kloster eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.
Ferner stellte sie die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 15.08.2018 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 15.08.2018 wurde bei sieben Ja-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

- 4 Vorlagen an den Rat

- 4.1 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die **220/2018** Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven

Frau Kloster las die Beschlussvorlage vor und übergab das Wort an Herrn Leinert. Dieser erklärte, dass eine einvernehmliche Lösung mit den Kostenträgern (Krankenkassen und Hilfsorganisationen) gefunden wurde.

Frau Zaage fragte, wie viele Einsätze pro Jahre abgearbeitet werden müssten. Hierzu sagte **Frau Kiani**, dass es ca. 18.000 Einsätze im vergangenen Jahr gegeben hätte. Es entfielen 10.000 auf den Rettungswagen, 5.000 Krankentransporte und 3.000 Einsätze für den Notarzt.

Anschließend ließ **Frau Kloster** über die Beschlussvorlage abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

- a) Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettdG) ab dem 01.10.18 zu.
- b) Der Rat beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 01.10.18.

4.2 Realisierung einer hauptamtlichen Geschäftsführung in der Naturschutzstiftung Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven mithilfe einer finanziellen Unterstützung durch die beteiligten Gebietskörperschaften **243/2018**

Frau Kloster las die Beschlussvorlage vor und übergab das Wort an Herrn Marušić. Dieser erläuterte, dass die Stiftung von den drei Gebietskörperschaften Landkreis Friesland, Landkreis Wittmund und der Stadt Wilhelmshaven getragen und bisher im Nebenamt betrieben wurde. **Herr Kohlwes** erläuterte, warum das Amt des Geschäftsführers nun hauptamtlich ausgeführt werden soll.

Laut **Herrn Kohlwes** sei eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Geschäftsführung zeitlich nicht mehr möglich. Aufgrund der vielfältigen Aufgaben, die in den letzten Jahren stetig gewachsen sind, wurde entschieden, einen hauptamtlichen Geschäftsführer einzustellen. Die Berechnung der Stelle sei anhand von Daten der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) aufgestellt worden. Der neue Geschäftsführer solle, so **Herr Kohlwes** weiter, zeitnah eingestellt werden. Er wies zudem darauf hin, dass es sich am Anfang nur um eine Anschubfinanzierung handeln würde. Nach zwei oder drei Jahren sei es geplant, dass sich die Stelle des Geschäftsführers selbst refinanziert.

Hierzu fragte **Herr M. Harms**, ob die Kosten im Haushalt eingestellt wurden und wie sich die Stelle selbst tragen würde. Hierzu erklärte **Herr Kohlwes**, dass die Kosten in den Haushalt eingeplant wurden. Weiterhin sei die Naturschutzstiftung dafür da, die Arbeit der Naturschutzbehörden zu unterstützen. Einnahmen seien zum Beispiel durch die Vermittlung von Kompensationsflächen zu erzielen. Das angestrebte Ziel sei es, dass sich die Kosten für den hauptamtlichen Geschäftsführer selbst tragen würden.

Anschließend ließ **Frau Kloster** über die Beschlussvorlage abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven fördert die Naturschutzstiftung Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven mit maximal 22.000,00 € im Haushaltsjahr 2019 und mit jeweils maximal 20.000 € für die Haushaltsjahre 2020 – 2022 zweckgebunden zur Finanzierung der Stiftungsgeschäftsführung.

Die Fördersumme ist für das jeweilige Geschäftsjahr bis spätestens zum 31.01. d.J. an die Stiftung zu überweisen. Die Stiftung hat im Gegenzug bis zum 31.03. des Folgejahres die tatsächlichen Kosten der Geschäftsführung zu ermitteln und einen möglichen Differenzbetrag entsprechend der getätigten Einzahlungen an die Landkreise Friesland und Wittmund sowie an die Stadt Wilhelmshaven zu erstatten.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Verabschiedung des Naturschutzbeauftragten

Herr Leinert, Herr Marušić und **Herr Kohlwes** würdigten in kurzen Reden die Verdienste des scheidenden Naturschutzbeauftragten Herrn Klaus Börgmann. Dieser hatte in den vergangenen 15 Jahren ehrenamtlich viel für den Naturschutz in der Stadt Wilhelmshaven getan. Abschließend wurde noch ein Präsent an Herrn Börgmann übergeben.

5.2 Solardachkataster

Herr Lachmund hielt einen Vortrag zum Solardachkataster (siehe Anlage).

Ergänzend erklärte **Herr Kohlwes**, dass die Naturschutzbehörde beim Fachbereich Stadtplanung für Gründächer geworben hätte. Gerade im Hinblick auf gewerbliche Betriebe. Anknüpfend daran unterstrich **Herr Marušić** das Potenzial für Grünflächen- und Solardächer. Aus eigener Erfahrung berichtet er von der Möglichkeit Kosten zu sparen, gerade im Hinblick auf eine langfristige Rendite.

Herr Seidel fragte nach den Unterschieden beim Bau von Gründächern und konventionellen Dächern mit Tonpfannen. Hierzu führte **Herr Lachmund** aus, dass grundsätzlich keine bedeutenden Unterschiede zu verzeichnen wären.

Abschließend fragte **Frau Zaage**, ob der gewonnene Strom aus dem Solardach zwingend in das öffentliche Netz eingespeist werden müsste. Dieses verneinte **Herr Marušić**.

5.3 Sachstand Lärmaktionsplanung

Herr Pröpper hielt einen Vortrag zum Sachstand der Lärmaktionsplanung (siehe Anlage).

Frau Kloster bedankte sich bei Herrn Pröpper und übergab das Wort an Herrn Heinemann. Dieser fragte, wer die Kosten für die Maßnahmen zur Verhinderung von Lärmimmissionen tragen würde. Hierzu erläuterte **Herr Pröpper**, dass die Kommunen eine Lärmaktionsplanung für die Straßen aufstellen, die nicht in ihrer Zuständigkeit liegen würden. Hierdurch sei es erstmals möglich, so **Herr Pröpper** weiter, dass die Kommunen Maßnahmen zur Lärminderung vom Bund bzw. vom Land einfordern könnten. Ein Präzedenzfall würde allerdings noch nicht vorliegen.

Frau Heide fragte, ob Lärminderungsmaßnahmen, wie z.B. Dreifachverglasung, für den Wohnungseigentümer gefördert werden würden. Auch wäre sogenannter „Flüsterasphalt“ für die Straßen eine Möglichkeit zur Verringerung von Lärmimmissionen. Hierzu erklärte **Herr Pröpper**, dass diese Lärminderungsmaßnahmen vom Straßenbaulastträger geprüft werden könnten. Der sogenannte „Flüsterasphalt“ wäre nur eine Lösung, wenn keine anderen Maßnahmen innerstädtisch möglich wären. Eine wirksame Möglichkeit zur Reduzierung von Lärmimmissionen sei die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit. **Herr M. Harms** zeigte Unverständnis darüber, dass es noch keine verbindlichen Regelungen bzw. Gesetze zum Vorgehen gegen Lärmimmissionen geben würde. Laut **Herr Pröpper** sei Deutschland durch seine nationalen Vorgaben bereits sehr weit in Sachen Lärmschutz. Allerdings sei das noch kein EU-Standard. Aufgrund dessen sei man auf einem niedrigeren Standard angefangen Lärminderungsmaßnahmen umzusetzen. Dieses würde allerdings zukünftig Seitens der EU stetig erhöht. **Herr Pröpper** betonte weiterhin, dass die Lärmaktionsplanung ein erster Schritt sei, um festzustellen, wie viele Bürger von Lärmimmissionen betroffen sind, um dann festzulegen, welche Möglichkeiten zur Förderung bestehen und wie Bürger vor Lärm geschützt werden können.

Mitteilungen und Anfragen

Frau Kloster bat Herr Leinert einen Sachstand zum Thema E-Bike-Leasing vorzutragen. **Herr Leinert** erläuterte, dass der Kommunale Arbeitgeberverband eine entgeltliche Umwandlung zum Zwecke der Nettolohnoptimierung für eine Nutzung von E-Bike-Leasing oder Ähnlichem eine tarifvertragliche Öffnungsklausel bedarf. Die Gewerkschaften hätten allerdings in der letzten Verhandlungsrunde mit den Kommunalen Arbeitgeberverbänden eine tarifvertragliche Änderung abgelehnt. Ohne diese tarifvertragliche Öffnungsklausel sei eine Entgeltumwandlung nicht zulässig.

Auf Vorschlag von Herrn Heinemann entschied sich der Ausschuss mehrheitlich dafür, in den Sommermonaten Wasser anstatt warmer Getränke zu verzehren.

6 Öffentliche Anhörung

Der Tagesordnungspunkt entfällt, da keine Bürger anwesend waren.

Ende der Sitzung 16:35 Uhr

Leinert
Dezernent

Kloster
Vorsitzende

T. Harms
Protokollführer